

Die Zukunft des BAföG – die soziale Trendwende

27. November 2018

Die Sozialdemokratie will, dass jeder Mensch frei den für ihn oder sie optimalen Ausbildungsweg auswählen kann. Für die SPD zählen Leistung und Talent statt Herkunft. Dabei ist uns bewusst, dass wir herkunftsbedingte Nachteile ausgleichen müssen. Das BAföG sorgt auf diese Weise als Förderinstrument für Chancengleichheit. Es wurde von der SPD Anfang der 1970er geschaffen und immer wenn die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt war, gab es spürbare Verbesserungen bei der geförderten Ausbildungsfinanzierung. Nach den lähmenden Jahren der Regierung Helmut Kohls mit dem Tiefstand von unter 350.000 Geförderten im Jahr 1998 geht der Trend deutlich nach oben. Nach der großen BAföG Reform von 2008 konnte ein Höchststand von über 650.000 Geförderten erreicht werden. Nach der zögerlichen Politik der schwarz-gelben Bundesregierung sank die Zahl der Geförderten wieder auf circa 550.000 Geförderte. Die letzte große BAföG-Reform der Großen Koalition hat dafür gesorgt, dass der sinkende Trend erheblich abgeschwächt wurde, wie die Bundesregierung in ihrem 21. BAföG-Bericht feststellt.

Auch wenn 2017 absolut 200.000 mehr Geförderte in den Genuss von BAföG kommen als 1998, ist die Quote wegen der gestiegenen Studierendenzahlen zuletzt unter 20 % gesunken. Damit das BAföG auch in Zukunft ein Instrument bleibt, von dem auch Normalverdiener-Familien profitieren, müssen wir jetzt handeln. Mittelfristig gilt es, die Ausbildungsfinanzierung insgesamt grundsätzlich neu aufzustellen, um den im Wandel begriffenen Ansprüchen an Bildungs- und Erwerbsbiografien gewachsen zu sein.

1. Trendwende jetzt schaffen – BAföG attraktiv und zeitgemäß gestalten

Die Studierendenzahlen werden ein dauerhaft hohes Niveau halten. Inzwischen nimmt die Hälfte aller Schulabgängerinnen und -abgänger ein Studium auf. Der Trend bei den BAföG-Geförderten entwickelt sich gegenläufig. Auch die jüngste BAföG-Reform, die zum Wintersemester 2016/2017 vollständig in Kraft getreten ist, konnte die Erwartungen des Bundes im Hinblick auf die erhoffte Trendwende nicht erfüllen.

Die Gründe hierfür sind vielfältig und müssen für die Reformschritte der aktuellen Novellierung Berücksichtigung finden. Die monokausale Erklärung zum allgemein gestiegenen Einkommensniveau greift hier viel zu kurz. Hinzu kommen komplizierte Antragsmodalitäten, die Beziehende mit geringen zu erwartenden Förderbeträgen vom aufwendigen Verfahren mit ungewissem Ausgang oft abhalten. Die SPD will, dass alle Förderberechtigten ihren BAföG-Anspruch auch realisieren können, egal wie hoch ihr Anspruch ist oder ob sie nur von einem oder gar keinem Elternteil unterstützt werden. Zudem wächst die Angst vor Verschuldung mit dem Start ins Arbeitsleben, der sich für die „Generation Praktikum“ nicht selten noch holprig gestaltet. Die Vorgaben für den BAföG-Bezug passen nicht immer. Die Einhaltung der Regelstudienzeit mit durchgehendem Erfolgsnachweis, trotz sehr heterogener Lebenssituationen, ruft nach flexiblen Lösungen. Außerdem konkurrieren Studierende auf einem zumeist angespannten Wohnungsmarkt an Hochschulstandorten mit anderen Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen. Die aktuelle Wohnkostenpauschale deckt längst nicht mehr den bundesweiten Mittelwert für studentisches Wohnen.

Das BAföG muss wieder attraktiv und an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Das bedeutet auch Irrtümer der Vergangenheit vermeiden und Anpassungen mutig

gestalten. **Unsere Trendwende heißt deshalb: Deutlich mehr als 600.000 geförderte Studierende bis zum Ende dieser Wahlperiode.**

Vier Oberziele weisen die Richtung

- Wir wollen die Zahl der Förderberechtigten erhöhen.
- Wir wollen die BAföG-Höhe an die Realentwicklung der Lebenshaltungskosten anpassen.
- Wir wollen das BAföG an unterschiedliche Lebenssituationen anpassen.
- Wir wollen (psychologische) Hürden in Bezug auf den Verschuldungsstatus abbauen.

So wollen wir das schaffen

- **Deutliche Erhöhung der Einkommensfreigrenzen**
Das Instrument der Erhöhung der Einkommensfreigrenzen ist besonders wirksam für eine deutliche Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Damit erreichen wir auch mehr Familien, die an der Schwelle der Förderberechtigung stehen und dennoch keine Vollfinanzierung ihrer Kinder aus eigener Kraft leisten können. Wir wollen effektiv Familien entlasten und dabei insbesondere die, die als Normalverdiener ohnehin die höchsten Belastungen zu tragen haben.
- **Zeitgemäße Anpassung der Bedarfssätze an gestiegene Lebenshaltungskosten**
Die Bedarfssätze müssen zum Leben reichen und realistisch angepasst werden. Auch wenn das BAföG keinen existenzsichernden Charakter hat, wollen wir, dass es einen substantiellen Beitrag zum Unterhalt von Schülerinnen, Schülern und Studierenden für ein gutes Leben hat. Über die Erhöhung der Bedarfssätze steigt zudem ebenfalls die Zahl der Anspruchsberechtigten. Zukünftig müssen wir dafür sorgen, dass es rechtzeitige und regelmäßige Anpassungen bei den Bedarfssätzen und Freibeträgen gibt.
- **Wohnpauschale an bundesweites Mittel für studentisches Wohnen anpassen**
Bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen ist insbesondere an beliebten Hochschulstandorten Mangelware. Gerecht ist es, wenn die Wahl des Studienortes nicht vom sozioökonomischen Status abhängt. Deswegen wollen wir die Wohnpauschale so erhöhen, dass sie dem bundesweiten Mittelwert für studentisches Wohnen entspricht. Eine regionale Wohnpauschale lehnen wir ab, vielmehr muss in belasteten Universitätsstädten eine Kapazitätsausweitung bei den Wohnheimplätzen erfolgen. Die Erhöhung der Wohnpauschale muss also einhergehen mit einer Initiative für Wohnheimbau, wie die Große Koalition sie im Koalitionsvertrag vereinbart hat.

- **Verschuldungsgrenzen halten und Schuldenerlass garantieren**
Eine Erhöhung des Rückzahlungsbetrages von derzeit 10.000 € ist für uns tabu. Wer es auf Dauer nicht schafft, die Darlehenslast zu tilgen, dem sollen die Schulden endgültig erlassen werden. Deswegen begrüßen wir eine Regelung zum Schuldenschnitt. Wer einen Rechtsanspruch auf BAföG hat, soll diesen ohne Angst vor lebenslanger Verschuldung in Anspruch nehmen. Damit beseitigen wir eine zentrale Hürde, die auch ein Grund dafür ist, dass Menschen, die dem Grunde nach BAföG berechtigt wären, keine Förderung in Anspruch nehmen.
- **Förderzeiträume flexibel gestalten und an heterogene Lebensverhältnisse anpassen**
Unterschiedliche Lebenssituationen brauchen passende Fördervoraussetzungen. Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen oder das gesellschaftliche Engagement in einem Ehrenamt kosten Kraft und Zeit. Die Flexibilisierung und Verlängerung des geförderten Studienzeitraums schafft hier wertvolle Freiräume.

Aktuell sieht das BAföG lediglich eine Verlängerung der Bezugsdauer für ehrenamtlich Engagierte in Hochschulgremien vor. Wir möchten junge ehrenamtlich Engagierte auch in anderen Bereichen stärken. Wer also ein gewähltes Amt in einem Verein des Landes- oder Bundesjugendringes bekleidet, soll eine Anerkennung dieses wichtigen gesellschaftlichen Engagements auch in Form eines längeren BAföG-Bezugs erhalten.
- **Antragsverfahren praktikabel und zeitgemäß gestalten**
Das Onlineverfahren zur Antragstellung muss praktikabel werden, damit Antragsstellende nicht mehr an der Hürde der sicheren Authentifizierung scheitern. Der Bund muss die Initiative ergreifen, in Kooperation mit den Ländern ein gesichertes neues Verfahren zu entwickeln, das den Praxistest anwenderfreundlich besteht. Wir wollen einen einfachen, kürzeren, medienbruchfrei onlinebasierten Antrag für das BAföG. Dafür müssen die Länder endlich sorgen.
- **Öffentliche Wahrnehmung für BAföG stärken – Vorzüge stärker bewerben**
Das BAföG soll als staatliche Leistung für mehr Chancengleichheit wieder bekannter werden. Flankierend zum Gesetzgebungsverfahren soll eine Kampagne gezielt über den Rechtsanspruch informieren und zur Antragsstellung ermuntern. Hier ist auch das BMBF gefordert. Viele Studierende wissen nichts über ihre Anspruchsgrundlagen und beantragen deshalb kein BAföG. Diese wollen wir erreichen, weil auch kleine Beträge in der Ausbildung unterstützend wirken.

2. BAföG weiterdenken: breiter, individueller, flexibler

Mit der garantierten und gebührenfreien Erstausbildung beste Startchancen schaffen

Die Arbeitswelt wandelt sich und Berufsbiographien werden vielfältiger. Einerseits verändert die Digitalisierung die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, andererseits verändern sich die individuellen Ansprüche an die berufliche und persönliche Weiterentwicklung. Im Lebensverlauf wechseln sich Phasen des Arbeitens, des Lernens und der Pflege von Kindern oder Angehörigen ab. Eine gute Ausbildung ist immer noch die beste Grundlage, um diesem Wandel zu begegnen und die beste Versicherung für Wohlstand und gegen Armut. Deshalb wollen wir allen Menschen eine garantierte und gebührenfreie Erstausbildung ermöglichen. Unabhängig davon, ob es sich um eine berufliche oder akademische Ausbildung bis zum Masterabschluss handelt. Wer staatliche Unterstützung dabei braucht, weil die eigenen Möglichkeiten begrenzt oder ausgeschöpft sind, soll diese unkompliziert erhalten. Wenn die Bildungsbiographien diverser werden, muss die Finanzierung flexibler werden. Wir wollen, dass aus Brüchen in der Bildungsbiographie Chancen auf berufliche und persönliche Weiterentwicklung werden. Das schließt auch die Möglichkeit einer zweiten Chance ein, wenn ein Bildungsziel oder ein Abschluss nicht erreicht worden ist.

Das BAföG als Förderinstrument bis in die gesellschaftliche Mitte hinein

Der Erfolg des BAföG in seiner Hochphase beruhte ganz wesentlich darauf, dass es als Förderinstrument bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein verfügbar war. Daran will die SPD mittelfristig wieder anknüpfen durch eine Flexibilisierung und Erhöhung der Förderansprüche. Die anrechenbaren Einkommen der Eltern müssen entsprechend angehoben werden, damit auch Normalverdiener einen angemessenen BAföG-Anspruch realisieren können. In Kombination mit einem besser ausgestatteten und weniger sozial selektiv aufgestellten Stipendienwesen wollen wir dafür sorgen, dass mehr Fördermöglichkeiten auch für die gesellschaftliche Mitte zur Verfügung stehen.

Eine wirksame Förderung muss jedoch bereits davor einsetzen. Denn immer noch nehmen deutlich weniger Menschen aus Familien, in denen kein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, ein Studium auf. Die SPD wird sich damit nicht abfinden und das Schüler-BAföG mittelfristig wieder deutlich ausbauen. Unter anderem wollen wir den Förderanspruch für Schülerinnen und Schüler auch wieder auf solche ausweiten, die im Elternhaus wohnen.

Vielfältige Lebenswege anerkennen und absichern

Die Zugänge zum Studium verlaufen kurvenreicher und werden vielfältiger. Dem muss das BAföG mit mehr Flexibilität begegnen. Die SPD will die Menschen dabei unterstützen, ihre individuelle Bildungsentscheidung jederzeit treffen zu können. So auch, wenn sie nach einer Zeit der Arbeitstätigkeit oder Erziehungszeiten ein Studium aufnehmen, um sich weiter oder anders zu qualifizieren.

Die steigende Anzahl Studierender in Teilzeit zeigt, dass die individualisierte Gestaltung von Bildung zeitgemäß ist. Im Jahr 2016 haben 3 % der Studierenden

formal in Teilzeit studiert, während weitere 5 % der Studierenden nach eigenen Angaben nicht in Vollzeit studiert haben, obwohl sie formal dafür eingeschrieben waren. De facto – also nach Zeitaufwand – haben 29 % der Studierenden in Teilzeit studiert. Wir erwarten in Zukunft eine weitere Flexibilisierung der Studienformen, insbesondere im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens. Wir wollen auch hier flexibilisierte Förderansprüche schaffen, die mit der jeweiligen Lebenssituation korrespondieren. Das gilt auch für Studierende in Teilzeit und für Studierende, die kein eigenes Einkommen haben, weil sie Angehörige betreuen oder pflegen.

Der soziale Hochschulpakt unterstützt erfolgreiches Studieren

Ein erfolgreiches Studium ist auch abhängig von der Verfügbarkeit einer sozialen Infrastruktur an den Hochschulen. Die Studierendenzahlen sind in den vergangenen Jahren angestiegen, jedoch sind Wohnheime für Studierende, die Mensen und das Beratungsangebot nicht in gleicher Weise mitgewachsen. Um diese Schieflage zu beseitigen, ist auch die Unterstützung seitens des Bundes gefordert. Wir schließen uns der Forderung nach einem sozialen Hochschulpakt an, der dafür sorgen muss, dass die soziale Infrastruktur an den Hochschulen mit den Studierendenzahlen Stand halten kann.

Die Frage nach der Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums ist eine der großen sozialen Fragen unserer Zeit. Zu Semesterbeginn finden immer mehr neue Studierende keine passende Wohnung. Der Wohnungsmarkt in den Hochschulstädten ist vielfach überlastet. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass neue Wohnheimplätze geschaffen werden. Im Rahmen der in der Großen Koalition vereinbarten Investitionen für sozialen Wohnungsbau ist das studentische Wohnen zu berücksichtigen. Damit leisten wir einen Beitrag zur Entspannung der Wohnungsmärkte in den Hochschulstädten insgesamt und vermeiden Konkurrenzen von Studierenden mit anderen Geringverdienergruppen.

Ein preisgünstiges Angebot in Mensen und Cafeterien der Studentenwerke ist für viele Studierende notwendig, um ihren Alltag zu bestreiten. In vielen Fällen ist die Infrastruktur jedoch sanierungsbedürftig. Sie kann den hohen Bedarf der größer gewordenen Zahl von Studierenden nicht mehr decken. Wir wollen, dass der Bund hier einen Pakt mit den Ländern vereinbart, um die Situation zu entschärfen. Dazu gehört auch ein hochwertiges Angebot an Beratung für verschiedene Lebenssituationen.

Bildung als Chance – sozial, zielgerichtet und fördernd

Insgesamt ist es unser Ziel, die Ausbildungsfinanzierung so zu modernisieren, dass sie Menschen immer wieder neue Chancen auf Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Dem BAföG kommt dabei im Rahmen einer garantierten und gebührenfreien Erstausbildung eine entscheidende Bedeutung zu. Wir wollen, dass der Sozialstaat den Menschen zugewandt ist, um berufliche und persönliche Entwicklung zu fördern und zu ermöglichen. Dafür brauchen wir unkomplizierte, transparente und leicht zugängliche Förderinstrumente. Am Ende muss eine Bildungsfinanzierung aus einer Hand stehen, die sozial zielgerichtet dabei hilft, dass alle Menschen in jeder Phase ihrer Bildungsbiografie ihre Ziele erreichen können.